

# Neue Trends und alte Werte in der österreichischen Industriepolitik

Julia Eder<sup>1</sup>

In der wirtschaftlichen Entwicklung der Nachkriegszeit spielte die Sachgüterproduktion – also die verarbeitende Industrie und das produzierende Gewerbe – eine zentrale Rolle in Österreich. Verantwortlich dafür war nicht zuletzt die große Bedeutung der verstaatlichten Betriebe (Grünwald 2017; Lacina 2017: 81). Dennoch setzte sich ab Mitte/Ende der 1970er Jahre auch in Österreich – der internationalen Konjunktur entsprechend – die Annahme durch, dass der Dienstleistungssektor der Industrie nach und nach den Rang ablaufen und so eine postindustrielle Gesellschaft entstehen würde (Bayer 2017: 28–29). Dies wirkte sich auch auf die öffentliche Einschätzung des Gewichts der Industrie aus. Oskar Grünwald stellte diesbezüglich in einem Interview im Jahr 1983 fest: „Im Bewußtsein der Österreicher, aber auch der Nichtösterreicher, kommt die große Bedeutung der österreichischen Industrie ganz allgemein etwas zu kurz“ (Tieber/Spitzer 1983: 97).

Die Vorteile einer starken industriellen Basis zeigten sich dann sehr eindrücklich im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009. Österreich kam – wie andere Länder mit (relativ) hohem Industrieanteil – schneller und weniger stark angeschlagen durch die Krise (Passweg/Lang 2017: 118). Die Bedeutung der Industrie für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wurde deshalb im wirtschaftlichen und im öffentlichen Diskurs wieder vermehrt diskutiert. Damit erlebte auch Industriepolitik ein Comeback. Zwar erkannten die verschiedenen AkteurInnen der Sozialpartnerschaft die Wichtigkeit von Industrie und produzierendem Gewerbe für die österreichische Wirtschaft immer an. Sie hatten allerdings unterschiedliche Vorstellungen darüber, welche Form(en) und welche Intensität der industriepolitischen Förderung am angemessensten wären. Dieser Beitrag geht der Frage nach, welche jüngsten industriepolitischen Trends in Österreich zu erkennen sind und in welchem Zusammenhang diese mit Entwicklungen auf EU-Ebene stehen.

Vor diesem Hintergrund führt dieser Beitrag zuerst die zentralen Strukturmerkmale der österreichischen Industrie aus und erklärt dann die wichtigsten industriepolitischen Instrumente, die in Österreich zum Einsatz kamen und kommen. Danach wird die aktuelle Industriepolitik-Debatte in der EU nachgezeichnet und aufgezeigt, welche Punkte von unterschiedlichen AkteurInnen in Österreich wohlwollend und welche kritisch aufgenommen wurden. Der letzte Abschnitt widmet sich den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die österreichische Industrie und beschäftigt sich dabei auch mit der Debatte rund um die verstärkte Regionalisierung von Produktionsketten. Im Ausblick wird dann dargelegt, welche Positionen einander aktuell gegenüberstehen und weshalb es sinnvoll ist, sich für eine zukunftsorientierte Industriestrategie für Österreich einzusetzen.

## Wichtige Strukturmerkmale der österreichischen Industrie

Im Jahr 2019 trug die Sachgüterproduktion oder -erzeugung<sup>2</sup> inklusive Bergbau 18,9 % zur österreichischen Bruttowertschöpfung bei (Statistik Austria, 2020). Das liegt über dem EU-Durchschnitt. Werden die industrienahen und produktionsbezogenen Dienstleistungen noch hinzugerechnet, lassen sich ca. 45 % der österreichischen Wertschöpfung auf den sogenannten servindustriellen Sektor zurückführen. Die Industriellenvereinigung (IV) betont, dass die Industrie direkt rund 990.000 Arbeitsplätze sichert. Mit vor- und nachgelagerten Tätigkeiten hängen laut der IV ungefähr 2,5 Mio. Arbeitsplätze an der Industrie<sup>3</sup> (Industriellenvereinigung 2019: 3). Diese Zahlen dürften allerdings auch Selbstständige und die Beschäftigten von Dienstleistungsunternehmen, die mit der Industrie in Verbindung stehen, mit einbeziehen. Denn basierend auf Zahlen des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger gab es im Jahr 2019 knapp 629.000 unselbstständig Beschäftigte in der Sachgütererzeugung (WKO 2020).

Die größte Branche der österreichischen Sachgüterproduktion ist die metalltechnische Industrie. Zu ihr zählen die Herstellung von Metallerzeugnissen, der Maschinenbau, der sogenannte „sonstige Fahrzeugbau“ (z.B. Schienenfahrzeugbau, Motorrad- und Fahrradherstellung) sowie Reparatur und Installation von Maschinen. Im August 2020 umfasste dieser Bereich 1.631 Betriebe und zählte 185.017 Beschäftigte (Fachverband Metalltechnische Industrie 2020). Andere besonders wichtige Branchen sind die Fahrzeug(zulieferer)industrie und die Elektro- und Elektronikindustrie.

Mittelständische Unternehmen nehmen eine wichtige Rolle in der österreichischen Industriestruktur ein. Im Jahr 2014 zählten 88,5 % der Industriebetriebe weniger als 250 Beschäftigte und fielen somit in die Kategorie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Jene 11,5 % des industriellen Sektors, die zu den Großbetrieben gehörten, waren allerdings für 72 % der industriellen Wertschöpfung und für 69 % der Industrie-Beschäftigten im selben Jahr verantwortlich. Jeder dieser 270 Industrieleitbetriebe ist wiederum über komplexe Produktionsnetzwerke mit bis zu tausend kleinen und mittleren Unternehmen verbunden (WKO 2016: 4–5).

Aufgrund des begrenzten Binnenmarkts ist die österreichische Industrie größtenteils exportorientiert. Durchschnittlich gehen knapp zwei Drittel der industriellen Produktion ins Ausland (WKO 2016: 5), davon ein Großteil auf den europäischen Binnenmarkt. Der wichtigste Handelspartner ist dabei sowohl bei Ein- als auch bei Ausfuhren Deutschland. Das überrascht nicht, weil viele österreichische Betriebe in Produktionsketten eingegliedert sind, die in Deutschland enden (z.B. im Bereich der Automobilproduktion) (siehe Krenmayr et al. in diesem Heft). Dieser Trend hat sich nach dem EU-Beitritt Österreichs im Jahr 1995 nochmals verstärkt (Bayer 2017: 38).

Als Ergebnis der österreichischen Geschichte haben sich bestimmte Eigentumsverhältnisse herausgebildet. Neben den früher zumeist als Familienbetrieb geführten KMUs kamen nach dem Zweiten Weltkrieg relevante Teile der – zum Teil stark zerstörten – österreichischen Industrie in Staatsbesitz. Dies blieb auch nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags 1955 aufrecht. Es handelte sich vornehmlich um Betriebe der Grundstoffindustrie, die die österreichische Privatindustrie mit günstigen Rohstoffen und Halbfertigprodukten zu Preisen unter dem Weltmarktniveau versorgte und andere Wirtschaftsbereiche somit quersubventionierte (Bayer 2017: 31). „Die verstaatlichte Industrie erwies sich zunächst als konkurrenzfähig und innovativ“ (Aiginger/Sieber 2009: 18).

Der Einstieg in die Weiterverarbeitung der Grundstoffe, v.a. in die Endfertigung, und der Aufbau eigenständiger Verteilungsnetzwerke wurde der Verstaatlichten allerdings bis in die 1970er-Jahre untersagt, um sie nicht zu einer Konkurrenz für die privaten Unternehmen zu machen. Für die Staatsbetriebe war ab 1949 ein eigenes Ministerium zuständig. Unter einer ÖVP-geführten Regierung erfolgte 1967 die Auslagerung der Verwaltung der Staatsbeteiligungen in die Österreichische Industrieverwaltungs-Gesellschaft m.b.H. (ÖIG), die die SPÖ 1970 zur Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft (ÖIAG) umformte. Ab dem Ende der 1980er-Jahre wurden dann – der international dominanten Ideologie des Neoliberalismus entsprechend – in mehreren Wellen staatliche Betriebe teilweise oder vollständig privatisiert (zur Geschichte und zu den Aufgaben der ÖIG/ÖIAG siehe Grünwald 2017: 91–116). Die Institution zur Verwaltung der Staatsanteile existiert allerdings bis heute und trägt seit 2019 den Namen Österreichische Beteiligungs AG (ÖBAG).

Ausländisches Kapital spielte in Österreich in der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg – wie auch schon davor – eine wichtige Rolle, unter anderem weil es am heimischen Markt chronischen Kapitalmangel gab. Während vorerst der Marshallplan (offiziell: *European Recovery Program*) zentral war, kam es ab den 1960er-Jahren vermehrt zu ausländischen Direktinvestitionen. Vor allem deutsche Unternehmen siedelten sich in Österreich an und machten es zu ihrer „verlängerten Werkbank“ (Lacina 2017: 84). In dieser Phase wird Österreich von Weissenbacher (2018: 103) noch zu den semiperipheren Ländern Europas gezählt. Erst im darauffolgenden Jahrzehnt gelingt Österreich der Wandel hin zu einer europäischen Zentrumsökonomie. Dennoch erhielt Österreichs Wirtschaft noch mehrere Dekaden lang mehr Investitionen aus dem Ausland als sie selbst im Ausland tätigte, was eigentlich charakteristisch für (semi-)periphere Ökonomien ist. Dieser Trend kehrte sich erst mehrere Jahre nach der EU-Osterweiterung um (Weissenbacher 2018: 87). Strukturell drückt sich das unter anderem dadurch aus, dass große Industriebetriebe in Österreich oft Niederlassungen ausländischer transnationaler Konzerne sind (bzw. im Zuge der Privatisierung der Verstaatlichten zu solchen wurden) und auch der Mittelstand oft ausländische Beteiligungen aufweist (Bayer 2017: 33). Außerdem stellt Österreich – im Gegensatz zu allen anderen Staaten des „harten Kerns“ industrialisierter EU-Länder – keinen einzigen der Top 100 nicht-finanziellen transnationalen Konzerne weltweit (Weissenbacher 2018: 92). Dabei sollte aber nicht übersehen werden, dass Österreich über mehrere „global agierende Nischenplayer“ (WKO 2016: 5) verfügt, die in ihrem Feld zur Weltmarktspitze gehören, z.B. die Firma Doppelmayr im Seilbahnbau oder der Feuerwehrgerätehersteller Rosenbauer.

Im Jahr 1969 erreichten die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) in Österreich nur 0,7% des BIP (Bayer 2017: 32–33). Dies wurde als Zeichen einer Strukturschwäche ernst genommen und sukzessive geändert. Im Jahr 2008 übertraf die österreichische F&E-Quote erstmals die deutsche (Aiginger/Sieber 2009: 13). Nach einer weiteren Steigerung lag Österreich im Jahr 2018 mit 3,17% Forschungsausgaben in Prozent des BIP EU-weit an zweiter Stelle nach Schweden (Österreichisches Parlament 2020a). Kritik wurde aber immer wieder an den „Mitnahmeeffekten“ der Gießkannenprinzip-Förderung von Forschung und Entwicklung laut. Außerdem fehle bei der indirekten Forschungsförderung die Qualitätskontrolle (Passweg 2017).

## Österreichs Industriepolitik im Wandel der Zeit

Industriepolitik verfolgt das Ziel, durch staatliche Maßnahmen die Industrieentwicklung zu beeinflussen. Während sich horizontale Industriepolitik auf die Herstellung von guten Rahmenbedingungen konzentriert (z.B. steuerliche Begünstigung von Investitionen oder F&E-Ausgaben), zielt vertikale Industriepolitik auf bestimmte Industriezweige, Wertschöpfungsketten oder Missionen ab (z.B. den Klimawandel einzudämmen) (Warwick 2013: 28–29). Wie in den meisten Ländern bestanden in Österreich meist Maßnahmen in beiden Feldern, allerdings wechselte die dominante Ausrichtung mit der Zeit. Über die gesamte Zeit war Industriepolitik eng mit der ArbeiterInnenbewegung verwoben. Das lag einerseits an der Sozialpartnerschaft, bei der auch die ArbeitnehmerInnenseite industriepolitische Weichenstellungen mitbeeinflussen konnte. Andererseits waren gerade die Industriebetriebe wichtige Bastionen gewerkschaftlicher Organisation. Industriepolitik war hier ein wertvolles Instrument, um den Strukturwandel im Sinne der eigenen Mitglieder zu gestalten (Grünwald 2017; Lacina 2017). Jedoch gehen wichtige Wendepunkte der Industriepolitik eher auf die internationale Konjunktur als auf Impulse der österreichischen ArbeiterInnenbewegung zurück.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Möglichkeit vorzeitiger Abschreibung als wichtigstes horizontales Instrument der Industriepolitik eingesetzt und über die Verstaatlichte wurde aktiv in bestimmte Wirtschaftsbereiche eingegriffen. Während der 1970er-Jahre wurde schließlich sektorale (vertikale) Industriepolitik extrem wichtig. Unter anderem wurde die Ansiedelung von General Motors in Aspern massiv gefördert und so der Grundstein für die heutige Autozuliefererindustrie gelegt. In den 1980er-Jahren wurde dann vorrangig auf Innovationsförderung durch horizontale Industriepolitik, v.a. F&E-Förderung, gesetzt. Probleme der Grundstoffindustrie (auch in anderen Ländern) leiteten 1986 die Umgestaltung und letztendlich die Privatisierung großer Teile der Verstaatlichten ein. Anfang der 1990er-Jahre war noch versucht worden, die Internationalisierung der österreichischen Industrie zu vollziehen<sup>4</sup> und dennoch die strategische Kontrolle über sie zu behalten. Mit dem EU-Beitritt 1995 wurden direkte Beihilfen für einzelne Betriebe oder Industriezweige grundsätzlich verboten. Industriepolitik beschränkte sich fortan auf horizontale Standort- und Innovationspolitik und der Begriff verschwand für mehr als ein Jahrzehnt fast völlig aus der öffentlichen Debatte (Bayer 2017: 30–39; Aiginger/Sieber 2009: 17–18).

## Die Rückkehr der Industriepolitik in der EU

Infolge der Finanzkrise erlebte Industriepolitik allerdings eine Renaissance (siehe das Debattenforum im Kurswechsel 3/2013). Staatseingriffe in die Wirtschaft schienen plötzlich wieder legitim und die Bedeutung einer stabilen industriellen Basis für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wurde hervorgehoben. Sowohl Unternehmerverbände und Gewerkschaften im Rahmen der Sozialpartnerschaft als auch Think Tanks und andere Organisationen begannen sich intensiv mit Industriepolitik auseinanderzusetzen und ihre Vorschläge einzubringen (Eder et al. 2018). Auf EU-Ebene drückte sich dies in der Strategie Europa 2020 aus, die auch Leitlinien für eine „Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“ entwarf (Europäische Kommission (EK) 2010: 20). Im Herbst

2012 definierte die EU-Kommission schließlich das Ziel, bis 2020 den Anteil der Industrie an der EU-Bruttowertschöpfung von ungefähr 15 % auf 20 % zu steigern. Weitere Dokumente zur Industriepolitik auf EU-Ebene folgten (Landesmann/Stöllinger 2020; für einen Überblick siehe Eder et al. 2018: 7–8).

In den Jahren 2019 und 2020 waren mehrere Faktoren für einen zentralen Wendepunkt in der EU-Industriepolitik ausschlaggebend. Gesteigerte geopolitische Rivalitäten mit den USA und China (zu China siehe Posch in diesem Heft) brachten in Deutschland die „Industriestrategie 2030“ hervor, die darauf hindeutet, dass ein Teil des deutschen Industriekapitals wohl von rein ordnungspolitischen Vorstellungen abgegangen ist und sich nun mit dem französischen Kapital auf ein gemeinsames Vorgehen einigen konnte (siehe Schneider in diesem Heft). Bereits 2016 sorgte die neue geopolitische Lage aber dafür, dass die Europäische Kommission ihr Konzept der „offenen strategischen Autonomie“ wieder aus der Schublade holte, das neben der Aufrechterhaltung von Versorgungssicherheit im Krisenfall auch auf den Erhalt der industriellen Kapazitäten in der EU abzielt (Raza 2020a: 24).

Auch der *European Green Deal* (EK 2019) und die neue EU-Industriestrategie aus dem Frühjahr 2020 (EK 2020) diskutieren die beiden zentralen Herausforderungen für die Industrie – die digitale und die ökologische Wende – vor dem Hintergrund verschärfter geopolitischer Konkurrenzbedingungen. Dazu heißt es lapidar auf Seite 1 der neuen Industriestrategie (EK 2020: 1): „Dieser zweifache Wandel findet zu einer Zeit statt, da sich die geopolitische Landschaft und damit auch die Gestalt des Wettbewerbs verändert.“ Geht es nach Deutschland und Frankreich, soll deshalb nun das EU-Wettbewerbsrecht überarbeitet werden, damit es den Zusammenschluss von europäischen Großkonzernen zu sogenannten „europäischen Champions“ erlaubt, die dann am Weltmarkt mit chinesischen oder US-amerikanischen Unternehmen konkurrieren können. Auch im *European Green Deal* spielen geostrategische Überlegungen eine Rolle. Beispielsweise wird im Zusammenhang mit der grünen Wende festgehalten, dass die Europäische Kommission „mit globalen Partnern zusammenarbeiten [wird], um für die EU Ressourcensicherheit und einen zuverlässigen Zugang zu strategischen Rohstoffen sicherzustellen“ (EK 2019: 27). Das übergeordnete Ziel all dieser Maßnahmen ist aber der Fokus auf den Erhalt bzw. den Ausbau der europäischen Wettbewerbsfähigkeit: „Um unsere Ambitionen zu verwirklichen, braucht Europa eine Industrie, die umweltfreundlicher und digitaler wird, zugleich aber weltweit wettbewerbsfähig bleibt“ (EK 2020: 3).

## Die jüngeren Entwicklungen in Österreich

Die Debatten rund um Dekarbonisierung und Digitalisierung haben auch in Österreich Niederschlag gefunden. Im Bereich der Dekarbonisierung der Industrie unterstützt das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) – bis Anfang Jänner 2020 noch Bundesministerium Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) – verschiedene Projekte, die durch den Klima- und Energiefonds gefördert werden. Dazu gehören zum Beispiel Projekte wie „Oxysteel“, in dem Technologien erforscht werden, die die Energieeffizienz im Elektrostahlwerk erhöhen und die CO<sub>2</sub>-Emissionen senken sollen (BMVIT/Klima- und Energiefonds 2019, vgl. hierzu auch Vogl in diesem Heft). In der Jahresvorschau für 2020 des BMK sowie in einer

Publikation des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) wurde außerdem betont, dass auch Überlegungen dazu angestellt werden, wie der Übergang für die Beschäftigten – im Sinne einer *just transition* – gerecht gestaltet werden kann (BMNT 2019: 89-91; Österreichisches Parlament 2020b: 30). Zugleich herrscht aber ein ordoliberales Verständnis bezüglich der Umsetzung der Dekarbonisierung vor. In der Publikation „Langfristige Klimastrategie 2050“ schrieb das BMNT im Jahr 2019: „Die Politik schafft Rahmenbedingungen dafür, dass die Industriesektoren an ihren österreichischen Standorten den Umstieg auf klimafreundliche Technologien schaffen. Die Politik setzt dabei die Industrie nicht überbordende (sic) CO<sub>2</sub>-Kosten aus, die ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen“ (BMNT 2019: 47).

Die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) verwaltet das Programm „Vorzugsregion Energie“ des Klima- und Energiefonds, welches wirtschaftlich-technische Forschung, Technologieentwicklung und Innovation (FTI) zur Entwicklung von „Musterlösungen für intelligente, sichere und leistbare Energie- und Verkehrssysteme der Zukunft“ (FFG 2020) fördert. Da Industrie und verarbeitendes Gewerbe in Österreich für 30% des Gesamtenergieverbrauchs verantwortlich sind und energieintensive Industrien – wie die Stahlproduktion oder die Papierindustrie – wiederum auf 61% des gesamten industriellen Energieverbrauchs kommen, ist die Frage, mit welchen energetischen Ressourcen produziert wird, von großer Bedeutung (BMVIT/Klima- und Energiefonds 2019: 2). Ein weiterer großer CO<sub>2</sub>-Emittent ist der Verkehrssektor. Aus diesem Grund gewinnen auch Studien zur Dekarbonisierung der österreichischen Auto(zulieferer)industrie an Bedeutung (Gabelberger et al. 2020; siehe dazu Krenmayr et al. in diesem Heft).

Auch zu unterschiedlichen Dimensionen der Digitalisierung gibt es Forschungs- und Koordinierungsinitiativen, zum Beispiel die „Plattform Industrie 4.0 Österreich“, die sich u.a. aus der Industriellenvereinigung, verschiedenen Forschungseinrichtungen und Betrieben sowie der Produktionsgewerkschaft zusammensetzt (Plattform Industrie 4.0 o.J.). Aus der Beschäftigtenperspektive begleitet die Arbeiterkammer Wien diese Entwicklung mithilfe des „Digitalisierungsfonds Arbeit 4.0“. Trotz all dieser Initiativen ist noch immer korrekt, was Aiginger und Sieber bereits 2009 festhielten (S. 22): „Es gibt heute in Österreich keine isolierte Industriepolitik (für den Industriesektor), sondern Maßnahmen in einer Vielzahl von Politikfeldern, die für die Konkurrenz- und Anpassungsfähigkeit der Industrie wichtig sind.“ Die Aufforderung von Arbeiterkammer und ÖGB aus dem Jahr 2015 an die Regierung, eine „zukunftsgerichtete industriepolitische Strategie für den Standort Österreich zu entwickeln und dabei die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Beginn an miteinzubeziehen“ (ÖGB/AK 2015: 5), blieb bisher ungehört.

Im Gegensatz zum Bundesverband der Deutschen Industrie sieht die österreichische Industriellenvereinigung bestimmte Aspekte der Änderung des EU-Wettbewerbsrechts kritischer. Im Jahr 2019 schrieb die IV in einer Publikation, dass die EU wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen garantieren müsse, aber „dass der Staat keine Unternehmensentscheidungen treffen und [nicht] in das operative Geschäft eines Betriebs eingreifen soll und darf“ (IV 2019: 2). Die IV warnte außerdem: „Mögliche Änderungen des Wettbewerbsrechts im Hinblick auf weltweite Märkte sollten daher stets auch die Auswirkungen auf den Wettbewerb im Binnenmarkt berücksichtigen. Keinesfalls dürfen bewährte Instrumente wie die EU-Fusionskontrolle oder das Beihilferecht faktisch

obsolet werden“ (IV 2019: 9). Auch in einem gemeinsamen Positionspapier der Sozialpartner einschließlich der Industriellenvereinigung zu den Herausforderungen für ein modernes Wettbewerbsrecht finden sich diese Bedenken (AK/LKÖ/ÖGB/IV/WKO 2020: 18).

Zugleich empfehlen die Sozialpartner in diesem Papier aber auch, dass Fusionen in der EU nicht nur möglich sein sollen, wenn sie „zur Erhaltung oder Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der beteiligten Unternehmen notwendig *und* volkswirtschaftlich gerechtfertigt“ (ebd., S. 18–19, Herv. i.O.) sind, sondern auch, wenn nur eines von beidem zutrifft. Ihnen geht es darum, dass Zusammenschlüsse, z.B. im Handelsbereich, volkswirtschaftlich „aus industrie-, regional- und beschäftigungspolitischen Gründen gerechtfertigt“ (ebd., S. 19), aber nicht für den internationalen Wettbewerb notwendig sein können. Aus ihrer Sicht sollte daher „die volkswirtschaftliche Rechtfertigung als eigenständiges Prüfkriterium bei der Beurteilung von Zusammenschlüssen im Einzelfall anerkannt werden“ (ebd., S. 19). Die österreichischen Industriellen sehen also – im Gegensatz zur Großindustrie Deutschlands und Frankreichs – den verschärften Wettbewerb durch zu mächtige Mitbewerber am EU-Binnenmarkt und den dadurch vielleicht entstehenden Fusionsdruck als mögliche Bedrohung an.<sup>5</sup> Zugleich wird aber auch versucht, noch zusätzliche – für österreichische AkteurInnen förderlichere – Änderungen des Wettbewerbsrechts anzustoßen.

Lediglich bezogen auf Unternehmen aus Drittstaaten tritt die IV für eine stärkere Regulierung des Zugangs zum EU-Markt ein. „Die Effektivität handelspolitischer Schutzinstrumente sollte gerade angesichts des Systemwettbewerbs mit dem gelenkten Kapitalismus der Volksrepublik China immer wieder geprüft werden“ (IV 2019: 6), da deren staatliche Förderungen wettbewerbsverzerrend wirken würden. Auch Lang (2019) von der Arbeiterkammer sieht eine Reform des EU-Wettbewerbsrechts als notwendig an, um auf die neue geopolitische Lage zu reagieren. Im Gegensatz zur Industriellenvereinigung begrüßt Lang aber auch explizit die gesteigerte Bereitschaft in der EU vertikale Industriepolitik zu betreiben. Es gibt allerdings Hinweise, dass die Corona-Pandemie auch in der österreichischen Industrie die ordnungspolitische Orientierung zumindest vorübergehend zurückgedrängt hat.

## Die österreichische Industrie und Corona

Durch die Corona-Pandemie und die zur Eindämmung ergriffenen Maßnahmen verzeichnete die industrielle Produktion im Jahr 2020 starke Einbrüche. Bisherige Schätzungen gehen von einem Jahresminus von 7,7% im Bereich Herstellung von Waren aus (WIFO 2020a: 2). Generell ist eine Vorhersage der zukünftigen Entwicklungen schwierig bis unmöglich. Sicher sagen lässt sich aber, dass sich die aktuelle Situation auch massiv auf die Beschäftigten der Industrie auswirkt. Bereits zum Ende des dritten Quartals 2020 war der Abbau von insgesamt mehreren Tausend Industriearbeitsplätzen, u.a. bei Doka, Swarovski, FACC und ATB am Laufen (Rohrhofer/Kainrath 2020). Das WIFO geht außerdem davon aus, dass sich dieser Trend im Jahr 2021 fortsetzen wird, weil „Wirtschaftskrisen katalytisch auf den Strukturwandel [wirken]“ (WIFO 2020b: 2).

Aber auch in dieser Situation wurde in Österreich keine nachhaltige Industriestrategie erarbeitet, wie dies z.B. Kurt Bayer (2020a) im Mai 2020 vorgeschlagen hatte, und

wie es eigentlich im Regierungsprogramm unter dem Etikett „Standortstrategie Österreich 2040“ für einen „nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort“ vorgesehen war (APA-OTS 2020). Solch eine gesamtheitliche Strategie, die alle unterschiedlichen Initiativen im Blick hat und koordiniert und gleichzeitig auf einen gerechten Wandel abzielt, bräuchte es heute dringender denn je. Stattdessen wurden massive Rettungspakete geschnürt, die aber als „Feuerwehraktionen“ (Bayer 2020b) auf die kurzfristige Rettung des Standorts inklusive der Arbeitsplätze abzielen. Konkret nimmt dies auch die Form von hohen öffentlichen Subventionen für Niederlassungen transnationaler Konzerne an. Der Fall war dies bei der Zuckerfabrik Agrana, der Medizinsparte von Semperit oder der Penicillin-Produktion von Novartis in Kundl in Tirol. Dem Pharmakonzern Novartis wurden Fördermittel im Ausmaß von insgesamt 50 Millionen Euro von EU, Bund und Land für den Standortverbleib zugesagt (Strobl 2020). Für das MAN-Werk in Steyr plant Wirtschaftsministerin Schramböck Ähnliches. Zusätzlich werden hier noch österreichische (Privat-)InvestorInnen gesucht (Der Standard 2020).

Nachdem die Corona-Krise die Zerbrechlichkeit globaler Güterketten aufgezeigt hatte (Raza 2020a), schien es anfangs so, als würde die Stärkung lokaler Wirtschaftskreisläufe und die Versorgungssicherheit mit strategischen Gütern wieder ins Zentrum rücken (Schlager et al. 2020: 8; Kurier, 2020). Fast ein Jahr nach Ausbruch der Corona-Pandemie sieht es aber nicht danach aus, dass eine binnenzentrierte Entwicklungsstrategie die exportorientierte ablöst – weder auf europäischer noch auf österreichischer Ebene. Zwar deutet die Schaffung der *Important Projects of European Interest* (IPCEI) der EU auf eine qualitative Neuausrichtung, inklusive einer punktuellen Abkehr von rein horizontaler Industriepolitik, hin. Die globalisierten Produktionsketten werden aber nur in Bezug auf wenige – geopolitisch-strategische – Güter (z.B. medizinische Güter, Batterien, Halbleiter) infrage gestellt. Für diese soll Versorgungssicherheit hergestellt werden, indem die EU möglichst geschlossene europäische Wertschöpfungsketten (unter Absicherung externer Rohstoffquellen) schafft. Dieser Vorstoß ist aber nicht neu, sondern wird in der EU unter dem Stichwort „strategische Autonomie“ bereits seit dem Jahr 2016 diskutiert. Er sieht nicht vor, mit der auf Exportüberschüsse abzielenden Handelspolitik zu brechen, sondern diese fortzuführen, während die EU selbst unabhängiger von Drittstaaten werden soll. Im Grunde hat die Corona-Pandemie eine bereits zuvor durch geopolitische Rivalitäten angestoßene Tendenz weiter verstärkt.

## Ausblick

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise sowie der Eindämmungsmaßnahmen werden – gemeinsam mit anderen Faktoren wie der Digitalisierung und Dekarbonisierung – den Strukturwandel beeinflussen. Die Politik könnte nun eingreifen und die ökologische und digitale Wende aktiv durch eine auf die Zukunft orientierte Vergabe von Corona-Hilfsgeldern befördern. Ebenso möglich ist es aber, dass die Wende aufgrund von Corona verzögert wird. Die Industriellenvereinigung (2020) plädiert beispielsweise dafür, dass zuerst die Wirtschaft stabilisiert und erst dann wieder eine politische Zielsetzung im ökologischen Bereich formuliert werden solle. Öffentliche Förderungen an sich werden aber positiv bewertet: „Auch die von der Kommission geschnürten Hilfsprogramme und das 750 Mrd. Euro starke Wiederaufbau-Instrument

NextGenerationEU müssen als einmalige Chance wahrgenommen werden und größtmögliche Hebelwirkungen entfalten“ (IV 2020), so IV-Generalsekretär Neumayer. Für Österreich wünscht sich die Industriellenvereinigung einen nationalen Wiederaufbauplan mit einer „eindeutige[n] Schwerpunktsetzung auf eine Investitionsoffensive sowie auf Forschung, Entwicklung, Innovation, Technologie und Digitalisierung“ (IV 2020).

Demgegenüber vertreten andere die Position, dass die Corona-Krise als Anlass genommen werden soll, längst überfällige Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen (Bayer 2020b). Auch die Arbeiterkammer (2020: 3) spricht sich im Zuge der Konjunkturbelebung für ein „konsequentes Vorziehen von Investitionen gegen die Klimakrise, in die digitalen Infrastrukturen, in strategische Schlüsselbereiche und den Bildungs-/Weiterbildungsbereich“ aus. Einige Monate später (Stand Dezember 2020) wurde von Regierungs- oder sozialpartnerschaftlicher Seite aber noch immer kein langfristiger Plan entwickelt. Wenn die Staatshilfen aber nicht daran gekoppelt werden, den sozial-ökologischen Umbau der österreichischen Industrie zu fördern, wird eine wichtige Chance vergeben. Im Fokus sollten auch kleine und mittlere Unternehmen, Sozialbetriebe und Genossenschaften stehen, weil für sie der Wandel ungleich schwieriger zu bewältigen ist. Außerdem sollte es gesetzlich erleichtert werden, dass Belegschaften ihren Betrieb übernehmen können, wenn dieser in Schwierigkeiten gerät.

Die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung sollten eigenständig eine Industriestrategie erarbeiten, die mit Arbeitsmarktpolitik eng verzahnt ist. Dabei müssen Betriebsräte, Gewerkschaften und Arbeiterkammern eingebunden werden, aber auch die Belegschaften selbst. ArbeiterInnenmitbestimmung und -beteiligung muss im Hinblick auf die sozial-ökologische Wende verstärkt gefördert werden.<sup>6</sup> Auch andere AkteurInnen, zum Beispiel einzelne Betriebe oder politische Parteien, die eine progressive Industriepolitik unterstützen, müssen einbezogen werden. Progressive Industriepolitik muss auf einer breiten Debatte beruhen und sie braucht eine Koalition, die sie trägt. Grundsätzlich muss sie es schaffen, nicht ausschließlich auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts abzielen, sondern auch soziale und ökologische Kriterien zu berücksichtigen (siehe dazu ausführlich Eder/Schneider 2018). Der hohe Anteil von Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Innovation in Österreich sollte in den Dienst des sozial-ökologischen Umbaus gestellt werden.

Österreich ist eine kleine und offene Wirtschaft und – typisch unter diesen Vorzeichen – von Exporten abhängig. Eine binnenzentrierte Entwicklungsstrategie einzuschlagen ist insbesondere für die österreichische Industrie unrealistisch. Allerdings wäre es möglich, Binnenorientierung durch eine Stärkung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe zu fördern, indem Lieferketten gekürzt werden – wo dies möglich ist (Eder 2020). Zu diesem Zweck könnten zum Beispiel die Spielräume, die die EU mit dem *European Green Deal* eröffnet hat, für den Wiederaufbau nach Corona in Österreich strategisch genutzt werden (Raza 2020b: 26). Für öffentliche Einrichtungen bietet das neue Bundesbeschaffungsgesetz hier gute Anknüpfungspunkte, weil es die Einbeziehung ökologischer und sozialer Kriterien in öffentliche Ausschreibungen erlaubt. Auch Unternehmen sollten ermutigt werden, diese in ihrer Beschaffungspolitik stärker zu berücksichtigen. Zuletzt ist es wichtig, wieder vermehrt Überlegungen darüber anzustellen, welche wirtschaftlichen Tätigkeiten sinnvollerweise auf niedrigeren Ebenen und näher zum Absatzmarkt stattfinden sollten, wenn nicht nur ökonomische, sondern auch soziale und ökologische Kriterien einbezogen werden.

## Anmerkungen

- 1) Ich bedanke mich bei Kurt Bayer, Joachim Becker, Georg Hubmann, Christa Schlager und Etienne Schneider für die wertvollen Kommentare zu einer früheren Fassung des Textes.
- 2) Die Sachgütererzeugung oder -produktion umfasst in Österreich die verarbeitende Industrie und das produzierende Gewerbe (statistisch unter der Kategorie „Herstellung von Waren“ gefasst). In den Auswertungen der Statistik Austria wird der „Bergbau“ häufig mit „Herstellung von Waren“ in einer gemeinsamen Kategorie geführt (Statistik Austria 2020). Eine genauere Darstellung der unterschiedlichen Begriffsdefinitionen von Industrie in Österreich findet sich bei Baum (2014).
- 3) Auch wenn die konkreten Ergebnisse von den für die Berechnung bzw. Schätzung herangezogenen Daten abhängen, zeigt sich die zentrale Bedeutung des industriellen Sektors für die Wertschöpfung und Beschäftigung in Österreich auch bei anderer Messung deutlich.
- 4) Globalisierungseffekte sollten bestmöglich für die österreichische Industrie genutzt werden, indem einerseits im Inland der Wandel hin zur Höherverarbeitung gefördert und andererseits die Auslagerung der Produktion in Billiglohnländer durch Deregulierung, u.a. durch den Abbau von Kapitalverkehrskontrollen, ermöglicht wurde. Es sollten multinationale Unternehmen mit Hauptsitz in Österreich entstehen. In dieser Phase wurde auch ein Großteil der verstaatlichten Betriebe (teil-)privatisiert. Absicht und Folge dieser Politik war auch die Steigerung der aktiven Direktinvestitionen, also der österreichischen Beteiligungen an Unternehmen im Ausland (Bayer 2017: 36–37).
- 5) Globale Nischenplayer dürften wiederum die geplante Reform der Fusionskontrolle tendenziell mit Gleichgültigkeit betrachten. Sie produzieren schließlich Produkte, die für die Massenproduktion ungeeignet und somit für „europäische Champions“ uninteressant sind. In Österreich spielen diese Hidden Champions des Mittelstandes eine sehr wichtige Rolle, da sie in spezifischen Nischen Technologie- und zum Teil sogar Weltmarktführer sind.
- 6) Besonders wichtig ist es in diesem Kontext auch an der Herausbildung von transnationaler Solidarität unter den Beschäftigten unterschiedlicher Länder zu arbeiten. Das gilt umso mehr dann, wenn sich Produktionsketten über eine Vielzahl von Ländern erstrecken.

## Literaturverzeichnis

- Aiginger, Karl/Sieber, Susanne (2009): Industriepolitik in Österreich – Elemente einer Erfolgsstory. Schriftenreihe Moderne Industriepolitik, 3/2009. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06831.pdf>, 9.12.2020.
- Arbeiterkammer/Landwirtschaftskammer Österreich/Österreichischer Gewerkschaftsbund/Industriellenvereinigung/Wirtschaftskammer Österreich (2020): Aktuelle Herausforderungen für ein modernes Wettbewerbsrecht -Handlungsempfehlungen für den europäischen und nationalen Gesetzgeber. Wien.
- Arbeiterkammer (2020): Positionspapier „Eine neue Industriestrategie für Europa“ und „Eine KMU-Strategie für ein nachhaltiges und digitales Europa“. [https://www.akeuropa.eu/sites/default/files/2020-07/neu\\_DE\\_Industrie-%20und%20KMU-Strategie.pdf](https://www.akeuropa.eu/sites/default/files/2020-07/neu_DE_Industrie-%20und%20KMU-Strategie.pdf), 13.1.2020.
- APA-OTS (2020): Initiative Standort zum Regierungsprogramm: Hohe Priorität für den Wirtschaftsstandort. [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20200103\\_OTS0080/initiative-standort-zum-regierungsprogramm-hohe-prioritaet-fuer-den-wirtschaftsstandort](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200103_OTS0080/initiative-standort-zum-regierungsprogramm-hohe-prioritaet-fuer-den-wirtschaftsstandort), 5.1.2021.
- Bayer, Kurt (2017): Sechzig Jahre österreichische Industriepolitik. In: Mesch, Michael/Brait, Romana (Hg.): Der Wandel des industriepolitischen Leitbilds der Arbeiterbewegung. Wien: ÖGB Verlag, 23–54.
- Baum, Josef (2014): Was ist „Industrie“? Industriedefinitionen für Österreich. <https://awblog.at/industriedefinitionen-fuer-oesterreich/>, 5.1.2020.
- Bayer, Kurt, (2020a): Industriestrategie in Zeiten der Coronakrise. 19.5.2020. <https://kurtbayer.wordpress.com/21.5.2020>.
- Bayer, Kurt (2020b): Die Österreichische Industrie – allein gelassen? 20.09.2020. <https://kurtbayer.wordpress.com/2020/09/20/die-osterreichische-industrie-allein-gelassen/>, 10.12.2020.
- Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) (2019): Langfriststrategie – Österreich. [https://www.bmk.gv.at/dam/jcr:37a641d0-6762-4c23-8e1b-e799e1557acd/Langfristige\\_Klimastrategie\\_2050.pdf](https://www.bmk.gv.at/dam/jcr:37a641d0-6762-4c23-8e1b-e799e1557acd/Langfristige_Klimastrategie_2050.pdf), 5.1.2021.

- Bundesministerium Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT)/Klima- und Energiefonds (2019): Dekarbonisierung der Industrie. [https://www.energy-innovation-austria.at/wp-content/uploads/2019/10/cia\\_o3\\_2019\\_fin\\_deutsch.pdf](https://www.energy-innovation-austria.at/wp-content/uploads/2019/10/cia_o3_2019_fin_deutsch.pdf), 5.1.2021.
- Der Standard (2020): Schramböck: Österreichische Investoren sollen MAN in Steyr retten. 1.10.2020. <https://www.derstandard.at/story/2000120391687/schramboeck-oesterreichische-investoren-sollen-man-in-steyr-retten>, 15.12.2020.
- Eder, Julia (2020): Von global zu (mehr) regional? Die Wirtschaft nach Corona umgestalten! Marie Jahoda – Otto Bauer Institut. <https://jbi.or.at/von-global-zu-mehr-regional-die-wirtschaft-nach-corona-umgestalten/>, 9.12.2020.
- Eder, Julia/Schneider, Etienne (2018): Progressive Industriepolitik – Ein Ausweg für Europa!? In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 44, 471–502.
- Eder, Julia/Schneider, Etienne/Kulke, Roland/König, Claus-Dieter (2018): From mainstream to progressive industrial policy. In: *Journal Für Entwicklungspolitik* 34 (3/4), 4–14. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-34-3-4>
- Europäische Kommission (EK) (2010): Europa 2020. <https://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLETE%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf>, 9.12.2020.
- Europäische Kommission (EK) (2019): Der europäische Grüne Deal. [https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:b828d165-1c22-11ea-8c1f-01aa75ed71a1.0021.02/DOC\\_1&format=PDF](https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:b828d165-1c22-11ea-8c1f-01aa75ed71a1.0021.02/DOC_1&format=PDF), 9.12.2020.
- Europäische Kommission (EK) (2020): Eine neue Industriestrategie für Europa. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020DC0102&from=DE>, 9.12.2020.
- Fachverband Metalltechnische Industrie (2020): Übersichtsblatt August 2020. [https://www.metalltechnischeindustrie.at/fileadmin/content/Dokumente/Zahlen\\_Daten\\_Fakten/Uebersichtsdatenblatt\\_august\\_2020.pdf](https://www.metalltechnischeindustrie.at/fileadmin/content/Dokumente/Zahlen_Daten_Fakten/Uebersichtsdatenblatt_august_2020.pdf), 9.12.2020.
- FFG – Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (2020): Vorzeigeregion Energie – Ausschreibungen. <https://www.ffg.at/vorzeigeregion-energie/ausschreibungen>, 5.1.2021.
- Gabelberger, Fabian/Kettner-Marx, Claudia/Peneder, Michael/Streicher, Gerhard (2020): Landkarte der „(De-)Karbonisierung“ für den produzierenden Bereich in Österreich – Eine Grundlage für die Folgenabschätzung eines klimapolitisch bedingten Strukturwandels des Produktionssektors auf Beschäftigung, Branchen und Regionen. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/ppnresolver?id=AC16063422>, 15.12.2020.
- Grünwald, Oskar (2017): Die Arbeiterbewegung und Strukturveränderungen in der verstaatlichten Industrie. In: Mesch, Michael/Brait, Romana (Hg.): *Der Wandel des industriepolitischen Leitbilds der Arbeiterbewegung*. Wien: ÖGB Verlag, 91–116.
- Industriellenvereinigung (IV) (2019): Industriepolitik 4.0 – Hohe Lebensqualität sichern und stärken. [https://www.iv.at/media/filer\\_public/39/cc/39cccfda-640c-4158-9f69-ed5d8eeb784f/308\\_19\\_pm\\_europaische\\_industriepolitik\\_a4\\_v8.pdf](https://www.iv.at/media/filer_public/39/cc/39cccfda-640c-4158-9f69-ed5d8eeb784f/308_19_pm_europaische_industriepolitik_a4_v8.pdf), 28.12.2020.
- Industriellenvereinigung (IV) (2020): Industrie: COVID-19-Krise falscher Zeitpunkt für neuerlichen EU-Ableingang. <https://www.iv.at/de/themen/europapolitik/2020/industrie-covid-19-krise-falscher-zeitpunkt-fur-neuerlichen-eu-a/>, 7.12.2020.
- Kurier (2020): Corona-Maßnahmen: Für Schramböck Situation „alternativlos“. 30.3.2020. <https://kurier.at/chronik/oesterreich/corona-massnahmen-fuer-schramboeck-situation-alternativlos/400796822>, 15.12.2020.
- Lacina, Ferdinand (2017): Industriepolitik der Arbeiterbewegung. In: Mesch, Michael/Brait, Romana (Hg.): *Der Wandel des industriepolitischen Leitbilds der Arbeiterbewegung*. Wien: ÖGB Verlag, 79–90.
- Landesmann, Michael/Stöllinger, Roman (2020): The European Union's Industrial Policy: What are the Main Challenges? *Wiiw Policy Notes and Reports* Nr. 36. <https://wiiw.ac.at/the-european-union-s-industrial-policy-what-are-the-main-challenges-p-5211.html>, 17.12.2020.
- Lang, Roland (2019): Europa (er)fordert: Industriepolitik für alle! <https://awblog.at/industriepolitik-fuer-alle/>, 21.4.2020.
- Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB)/Arbeiterkammer Österreich (AK) (2015): *Industriepolitik für Beschäftigung und langfristigen Wohlstand. Der Blick der ArbeitnehmerInnen auf den produzierenden Sektor in Österreich*. Wien.
- Österreichisches Parlament (2020a): [https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2020/PK0710/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2020/PK0710/index.shtml), 9.12.2020.
- Österreichisches Parlament (2020b): *Jahresvorschau des BMK 2020*. [https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/III-BR/III-BR\\_00714/imfname\\_790686.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/III-BR/III-BR_00714/imfname_790686.pdf), 5.1.2021.
- Passweg, Miron (2017): *Forschungsstandort Österreich*. [http://archiv.arbeit-wirtschaft.at/servlet/ContentServlet?pagename=X03/Page/Index&n=X03\\_o.a&cid=1512615610646](http://archiv.arbeit-wirtschaft.at/servlet/ContentServlet?pagename=X03/Page/Index&n=X03_o.a&cid=1512615610646), 10.12.2020.

- Passweg, Miron/Lang, Roland (2017): Renaissance der Industriepolitik. In: Mesch, Michael/Brait, Romana (Hg.): Der Wandel des industriepolitischen Leitbilds der Arbeiterbewegung. Wien: ÖGB Verlag, 117–133.
- Plattform Industrie 4.0 (o. J.): Mitglieder. <https://plattformindustrie40.at/mitglieder/>, 10.12.2020.
- Raza, Werner (2020a): Offene Märkte oder strategische Autonomie? Die EU-Außenwirtschaftspolitik am Scheideweg. In: infobrief eu & international 3/2020, 22–28. [https://wien.arbeiterkammer.at/service/newsletter/eu\\_infobrief/EU\\_Infobrief\\_2020\\_3.pdf](https://wien.arbeiterkammer.at/service/newsletter/eu_infobrief/EU_Infobrief_2020_3.pdf), 15.12.2020.
- Raza, Werner (2020b): Der European Green Deal: Einstieg in die sozial-ökologische Transformation? In: Kurswechsel 1/2020, 20–27.
- Rohrhofer, Markus/Kainrath, Verena (2020): Kahlschlag in der Industrie: Tausende Jobs brechen weg. 18.9.2020. <https://www.derstandard.at/story/2000120088928/kahlschlag-in-der-industrie-tausende-jobs-brechen-weg>, 15.12.2020.
- Schlager, Christa/Soder, Michael/Wukovitsch, Florian (2020): Editorial. In: Kurswechsel 1/2020, 3–10.
- Statistik Austria (2020): Bruttoinlandsprodukt nach Wirtschaftsbereichen, laufende Preise, 1995–2019. [https://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/wirtschaft/volkswirtschaftliche\\_gesamtrechnungen/bruttoinlandsprodukt\\_und\\_hauptaggregate/jahresdaten/index.html](https://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/bruttoinlandsprodukt_und_hauptaggregate/jahresdaten/index.html), 5.1.2021.
- Strobl, Günther (2020): Förderungen sichern Europas einzige Penicillin-Produktion in Tirol. Der Standard, 27.7.2020. <https://www.derstandard.at/story/2000119002517/foerderungen-halten-europas-einzige-penicillin-produktion-in-tirol>, 5.1.2021.
- Tieber, Herbert/Spitzer, Rudolf (1983): Verstaatlichte Industrie zwischen gestern und morgen. Wien: Vorwärts Verlag.
- Warwick, Ken (2013): Beyond Industrial Policy: Emerging Issues and New Trends. OECD Science, Technology and Industry Policy Papers No. 2. <http://dx.doi.org/10.1787/5k4869clwoxp-en>
- Weissenbacher, Rudy (2018): A Ladder without Upper Rungs: On the Limitations of Industrial Policies in TNC Capitalism. The Case of the European Union. In: Journal für Entwicklungspolitik 34 (3/4), 73–107. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-34-3-73>
- WIFO – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (2020a): Prognose für 2020 bis 2022: Kompensation hoher Wertschöpfungseinbußen. [https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=66712&mime\\_type=application/pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=66712&mime_type=application/pdf), 28.12.2020.
- WIFO – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (2020b): Prognose für 2020 und 2021: Zähe Konjunktur nach kräftigem Rebound. [https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=66470&mime\\_type=application/pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=66470&mime_type=application/pdf), 15.12.2020.
- Wirtschaftskammer Österreich (WKO) (2016): Zukunft. Industrie. Österreich. Industriepolitische Agenda und strategische Top-Ziele 2016-2020. <https://www.wko.at/branchen/industrie/Industriepolitische-Agenda.pdf>, 9.12.2020.
- Wirtschaftskammer Österreich (WKO) (2020): Unselbständig Beschäftigte im Sachgüterbereich 2019. <http://wko.at/statistik/jahrbuch/sach-beschaefigte-2019.pdf>, 30.12.2020.